



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cl., G.: Wiborg und Cholm

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Wiborg und Cholm



Seit einiger Zeit mehrten sich wieder die Berichte, wonach das Gouvernement Wiborg, das ist der Südostzipfel Finnlands, vom Großfürstentum Finnland abgetrennt und in verwaltungstechnischer Hinsicht dem Zarenreiche angegliedert werden soll. Die Nachrichten verdienen besonders deshalb Beachtung, weil sie begleitet werden von Truppenverschiebungen gegen die finnische Grenze. Gegenwärtig sollen bereits etwa dreißigtausend Bajonette russischer Truppen in das Gouvernement Wiborg eingerückt sein. Für uns Deutsche erscheint die sich in Finnland vorbereitende Aktion der russischen Regierung nur von mittelbarer Bedeutung, und zwar infolge ähnlicher Vorgänge in den ehemals polnischen Landesteilen. Es ist besonders während der Sommermonate verbreitet worden, die russische Regierung bereite die Ablösung des sogenannten Cholmer Landes vom Warschauer Generalgouvernement vor und beabsichtige einen neuen selbständigen Verwaltungsbezirk daraus zu organisieren, der in militärischer Hinsicht dem Generalgouverneur von Kijew unterstellt werden sollte.

Beide Maßregeln verfolgen den Zweck, den politischen Einfluß der nicht russischen Bevölkerung in Rußland zu beseitigen. Die treibende Kraft für diese und ähnliche Maßregeln ist das zentralistische Prinzip der russischen Reichsverfassung. Es leitet die russischen Staatsmänner seit Boris Godunow. Es wirkt nicht nur auf die Politik in Finnland und Polen, sondern auch auf die in den Ostseeprovinzen, im Kaukasus und in Kleinrußland sowie schließlich auf die Behandlung der Juden.

Das Hauptziel des zentralistischen Prinzips in Rußland besteht darin, alle örtlichen Verhältnisse in den weiten Gebieten von der Weichsel bis zum Stillen Ozean und vom Eismeer bis zum Fuß des Himalaja auszugleichen. In diesem Gebiet soll nur eine Form der Verwaltung, nur ein Gesetz, aber womöglich auch nur eine Sprache und eine Religion herrschen.

Rein vom staatspolitischen Standpunkt aus ließe sich vielleicht gegen dieses Streben nichts einwenden, wenn die natürlichen Voraussetzungen dafür vorhanden wären, und wenn mit dem Ausgleich bezüglich der Verwaltungstechnik und Rechtsprechung eine weise Entwicklung der Selbstverwaltungsorgane Hand in Hand ginge. Für Rußland treffen beide Voraussetzungen nicht zu: die Selbstverwaltung wird auch nach ihrer Anerkennung im Jahre 1864 hintangehalten, und die natürlichen Voraussetzungen fehlen überhaupt, weil Rußland nicht von einer einzelnen Nation bewohnt wird, sondern von einem halben hundert verschiedener Volksstämme, die zu sechs großen religiösen Bekenntnissen schwören.\*) Von der Gesamtbevölkerung Rußlands ohne Finnland gehören nur 43,5 Prozent dem herrschenden, großrussischen Stamme, die andern 56,5 Prozent sonstigen Stämmen an.

Nun wird man einwenden können, daß das Gros der nicht russischen Stämme von niederer Kultur ist als die Moskowiter. Für unsre Frage wäre der Einwand nur teilweise von Belang. Denn durch die Äußerungen des zentralistischen Prinzips werden nicht in erster Linie die am niedrigsten stehenden Völkerschaften getroffen, sondern gerade die am höchsten kultivierten, und diese auch wieder dort, wo sie in kleinen Gebieten zusammen wohnen, und wo sie gegenüber den Großrussen die erdrückende Mehrheit bilden. In Kleinrußland, im Weichselgebiet, in Litauen, in den Ostseeprovinzen bilden die Großrussen kaum 5 bis 6 Prozent der Bevölkerung, in Finnland kaum 3 Prozent. Russen, denen man von diesen Dingen als von Ungerechtigkeiten spricht, antworten, der Kampf richte sich weder gegen Sprache noch gegen Religion, sondern lediglich gegen die alten Einrichtungen und Gebräuche, die mit dem modernen russischen Staat nicht in Einklang zu bringen seien. Bis zu einer gewissen Grenze ist das richtig. Aber die Russen begnügen sich mit der Beseitigung der alten Einrichtungen nicht. Sind erst historisch gewordne Eigenheiten gefallen, dann beginnt auch der rücksichtslose Kampf gegen Sprache und Religion. Wir sehen das in Kleinrußland. Im achtzehnten Jahrhundert wurde die Verwaltung nach russischem Muster eingeführt; bis 1853 wurde nach und nach die Union aufgehoben; seit 1863 gilt, wenn wir von der Sektenverfolgung absehen, der Kampf ausschließlich der kleinrussischen Sprache. Man ging in der Verfolgung dieses Dialekts so weit, daß er von 1873 bis 1905 nicht in gedruckten Schriften angewandt werden durfte. In den Ostseeprovinzen ist der Kampf noch im ersten Stadium. Dort müssen erst die Rechte der Ritterschaft beseitigt werden, ehe man es wagen kann, die deutsche Schule und die evangelische Kirche auszurotten. In den ehemals polnischen Gebieten ist man dagegen durch die Uniatenfrage gebunden. Während im Baltikum soziale Verhältnisse vorgeschoben werden, müssen in Polen ethnographische herhalten, um das Vorgehn der Regierung zu rechtfertigen.

\*) Orthodoxe, Katholiken, Mohammedaner, Evangelische, Juden, Buddhisten, die verschiedenen kleinern Bekenntnisse und Sekten nicht gerechnet.

Allen diesen schlecht hin als Russifizierungsmaßnahmen bekannten Bestrebungen der Regierung begegnet Widerstand von zwei Seiten: von den betroffenen Nationalitäten und von den gebildeten Russen, die, sei es auf Grund von politischen, sei es von wirtschaftlichen Anschauungen, Gegner des Zentralismus sind. Diese Gegner bilden, wenn wir von den „Unzufriedenen“ absehen, zwei Gruppen. Die eine Gruppe könnte befriedigt werden durch eine liberalere Ausgestaltung der Selbstverwaltung in den rein russischen Bezirken. Die Regierung Stolypins hat das auch erkannt und kommt den sogenannten Autonomisten vorsichtig entgegen. Dadurch wird in diesem Lager die Forderung nach Autonomie für die Grenzmarken jetzt weniger radikal gestellt als noch vor wenigen Jahren. Die andre Gruppe setzt sich aus den sogenannten Föderalisten zusammen. Diese Richtung ist der Regierung vor allen Dingen deshalb unangenehm, weil sie alle Sozialisten und bürgerlichen Demokraten, aber auch einen Teil der modernen Slawjanophilen auf die Seite der Polen treibt. Es handelt sich somit um eine überaus starke Strömung.

Die Neigung zum Föderalismus ist in Rußland in dem Maße gewachsen, wie sich das Reich ausdehnte, und wie neben das Großrussentum zahlreiche andre russische und fremdländische Stämme traten. Infolgedessen waren es auch die Kleinrussen oder Ukrainer, durch die der föderalistische Gedanke zuerst zum Ausdruck gebracht wurde. Er trat lebhaft in der geistigen Bewegung zutage, die in den Dezembertagen des Jahres 1826 ihren vorläufigen Abschluß fand. Die Idee war damals durchaus nicht so utopisch, wie sie heute vielleicht klingt. Das Reich Alexanders des Ersten war tatsächlich nichts andres als ein durch die Person des Monarchen zusammengehaltener Föderativstaat. Er wurde gebildet aus dem eigentlichen Rußland mit Teilen von Kleinrußland, Litauen und den Baltischen Provinzen, dem Bartum Polen, dem sogenannten Kongreßpolen, und dem Großfürstentum Finnland. Es galt nur die noch vorhandenen Sonderheiten weiter auszubauen, wie es die einzelnen Nationalitäten wünschten. Die Politik Alexanders bestärkte den Glauben derer, die meinten, Rußland werde ähnlich andern westeuropäischen Ländern den Weg zum Föderativstaat gehn müssen. Nikolaus der Erste trat allen solchen Ideen mit rücksichtsloser Strenge entgegen. Er war als Feind der Demokratie auch ein entschiedener Gegner des föderativen Gedankens. Er wurde darin durch den polnischen Aufstand bestärkt und sah schließlich auch in den gesetzlich und verfassungsmäßig vorgesehenen Freiheiten der „Fremdvölker“ nichts andres als Gefahren für das Reich. So wurde während seiner Regierungszeit weder in Polen noch in Finnland der Landtag berufen, und alle Angelegenheiten dieser Staatswesen mußten auf administrativem Wege erledigt werden. Infolge dieser Politik wurden die betroffenen Nationen nur um so mehr verbittert, was wieder den Gegnern ihrer Freiheiten neue Beweismittel zum Kampf gegen sie lieferte. So sympathisierten die Finnländer im Jahre 1854 mit den Engländern. Ihre Bothen ermöglichten es der englischen Flotte, bis tief in den Finnischen Meerbusen vorzudringen und die Befestigungen an der Narowamündung zu beschießen, während die russische Armee bei

Sjewastopol verblutete. Um dieselbe Zeit weckte auch die Bewegung der Ukrainophilen mit den Gelehrten Kulisch und Kostomarov und dem Dichter Schewtschenko an der Spitze die Aufmerksamkeit der russischen Regierung.

Inzwischen war aber das politische Denken der Russen durch die Richtung der Slawjanophilen bereichert worden. Einzelne ihrer Vertreter waren dem föderativen Staatsaufbau freundlich gesinnt, weil sie glaubten, mit seiner Hilfe den Anschluß aller slawischen Völker und Staaten an Rußland bewirken zu können. Alexander der Zweite hat diese Ideen sehr eingehend erwogen und einen Schritt in ihrem Sinne getan durch den Versuch mit dem Marquis Wielopolski im Partum Polen. Wäre der Versuch geglückt, das heißt hätten die Polen, wie es der Marquis von ihnen forderte, der österreichischen Monarchie den Rücken gekehrt, dann wäre Rußland von 1861 an zweifellos den Weg eines föderativen Staates gegangen. Damals war sogar in Aussicht genommen, Petersburg als Reichshauptstadt wieder aufzugeben und den Kaiserpalast in der Stadt Kijew zu errichten. Dieser Gedanke lebte in der russischen Gesellschaft noch fort, als Alexander seine panslawistischen Ziele längst zurückgestellt hatte. Im Jahre 1868 nahm ihn der Feldmarschall Barjatiniski wieder auf, als er aus Wilna an den Zaren schrieb, die Polenfrage sei lediglich nach allslawischen Gesichtspunkten zu regeln, insolgedessen müsse den Polen eine gewisse Autonomie eingeräumt bleiben. Ähnlich dachten die Liberalen, wie Kawelin, und zeitweilig sogar Katkow.

Der Polenaufstand von 1863/64 brachte die Föderalisten in Rußland, obwohl Herzen und Bakunin zu ihnen zu rechnen waren, für ein halbes Menschenalter in Mißkredit. Doch schon seit den 1870er Jahren wurden dem föderativen Gedanken in Rußland wieder neue Kräfte zugetragen. Von der einen Seite durch die Vermittlung der österreichischen Panslawisten und von der andern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland selbst. Die volkswirtschaftlichen Theoretiker forderten den Ausbau der Selbstverwaltung, Dezentralisation der Wirtschaft. Ihre schwerstwiegenden Argumente bilden die zahlreichen wirtschaftlichen Krisen, die sowohl durch Hungersnöte wie durch die fiskalische Eisenbahnpolitik bedingt wurden. Unter Alexander dem Dritten waren aber diese Forderungen nur Gründe mehr für die Zentralisation und für die Verfolgung der Nationalitäten. Unter Nikolaus dem Zweiten fand das zentralistische Prinzip in der Wirtschaft eine neue Stütze in der Person des Finanzministers Witte. Daneben verstärkte sich jedoch der Ruf nach Dezentralisation und belebte die agitatorische Arbeit der Föderalisten. Zu ihnen gehörten bald sämtliche Konstitutionalisten. Die liberale Sjemstwopartei, die sich im Jahre 1894 unter der Leitung D. N. Schipow's — der übrigens kein Zentralist ist — in Moskau heimlich organisiert hatte, fand schließlich im Jahre 1902 einen Fürsprecher in der Person des spätern Ministerpräsidenten Goremykin. Wie bekannt scheiterte dessen Fürsprache für einen Ausbau der Selbstverwaltung an dem Widerstande Wittes, der dem Zaren bewies, daß die Erweiterung der Selbstverwaltung zum Parlamentarismus und Föderalismus führen müsse.

Davor aber schreckte Nikolaus der Zweite zurück. Er ließ erst Ssyppjagin und nach dessen Ermordung Plehwe die Zentralisation bis zum Äußersten führen. Im Jahre 1905 schien der Föderalismus über den Zentralismus siegen zu sollen, nachdem ein Jahr früher erst der Generalgouverneur von Finnland Bobrikow und bald darauf Plehwe ermordet worden waren. In der ersten und zweiten Duma gab es eine starke Richtung, die sich aus den Parteien der Sozialisten, den konstitutionellen Demokraten, den friedlichen Erneuerern und den Reformdemokraten zusammensetzte, die eine föderative Ausgestaltung der Reichsverfassung unter Berücksichtigung aller Nationalitäten auf ihrem Programm hatten. Diese weitgehenden Forderungen im Zusammenhang mit den Ansprüchen der Bauern auf die Ländereien des Großgrundbesitzes waren es hauptsächlich, die die Zentralisten in Petersburg zur Selbstbesinnung brachten und sich zu Taten aufraffen ließen.

Im Jahre 1906 entstand der sogenannte Grenzmarkenverband. Anfänglich war es nur eine kleine Gruppe von Professoren und Staatsbeamten, die sich die Aufgabe stellten, die Gesellschaft über die Forderungen der Föderalisten aufzuklären\*); gegenwärtig zählt der Verband viele tausend Mitglieder im ganzen Reich — allerdings vorwiegend nur Beamte und Offiziere. Er ist deshalb mit dem deutschen Ostmarkenverein nicht zu vergleichen.

Das Organ des Verbandes ist die seit dem 5. März 1906 erscheinende Wochenschrift „Okrainy Rossiji“. Seine Tendenz geht aus folgendem in der ersten Nummer veröffentlichten Aufruf hervor:

Rußland, so heißt es dort, durchlebt in der Gegenwart eine gewaltige Umwälzung seines innern Lebens. Während es von Not und Aufruhr heimgesucht wird, trat der Separatismus der Grenzländer offen hervor, unterstützt sogar durch einige russische Parteien . . . Finnland geht auf Personalunion aus. Die Polen, die die politische Autonomie fordern, verjagen die russischen Bewohner und die russische Sprache aus den staatlichen Anstalten und hissen das polnische Banner im Nord- und Südwestgebiet; Armenier, Grusinen und andre kaukasische Stämme fordern mit Gewalt besondere Rechte . . . Die Staatsgewalt selbst aber macht den neuen Strömungen Konzessionen und kommt somit den separatistischen Bestrebungen der Grenzmarken entgegen. Wer für das Prinzip der Einheit, Unteilbarkeit und Festigkeit Rußlands eintritt, der darf sich mit alledem nicht ausöhnen und muß für die Zukunft Rußlands fürchten . . .

Der Verband hat nun im einzelnen alle Regungen in den Grenzmarken aufmerksam verfolgt, durch tendenziöse Veröffentlichungen historischen und volkswirtschaftlichen Inhalts auf die Gebildeten und durch die Vorbereitung von Gesetzentwürfen auf die Regierungsorgane gewirkt. In der gebildeten russischen Gesellschaft hat der Verband nur wenig Erfolg gehabt. Bis tief in die Reihen des Oktoberverbandes steht man seinem Wirken feindlich gegenüber. Die Regierung Stolypins unterstützt ihn dagegen nach Kräften. Dabei nimmt sie das Programm auf, das im Jahre 1881 durch Ignatjew zuerst praktisch durchgeführt

\*) M. M. Borodkin, A. S. Budilowitsch, J. J. Bulatow, P. G. Bywalkewitsch, A. M. Solotarjom, P. A. Kulakowski, N. L. Mordwinow, A. F. Nittich, N. D. Ssergejewski u. a.

wurde. Man sucht die Fremdstämmigen zu isolieren. Auf diesem Prinzip beruhen die gegen die Juden gerichteten Maigesetze, dahin zielen die neuesten Maßnahmen in Finnland, Polen und in den baltischen Provinzen.

Die Idee der Ablösung Wiborgs ist zum erstenmal im Jahre 1877 aufgetaucht, weil man fürchtete, die Finnländer könnten, wie im Jahre 1854, einer feindlichen Flotte helfen. Der Gedanke, die von Uniaten bewohnten Kreise der Gouvernements Lublin und Sjedlez vom Generalgouvernement Warschau abzutrennen und die übrigen Gouvernements abzuschließen, wurde dagegen schon im Jahre 1865 durch Tscherkasski in Vorschlag gebracht. Beide Pläne mußten immer wieder zurückgestellt werden, weil die von der russischen Gesetzgebung abweichende Gesetzgebung dem Reiche zu große Kosten auferlegen und die Bevölkerung zu sehr erregen würde.

Der Versuch, den baltischen Adel zu isolieren, wird jetzt zum erstenmal unternommen, und zwar in der sehr geschickten Form einer scheinbaren Wohltat. Die baltischen Edelleute feiern zwar die jüngst erfolgte Genehmigung zur Gründung eines Adelsverbandes als einen Sieg ihrer Petersburger Freunde, tatsächlich aber ist es ein Pyrrhusieg. Denn durch den Verband wird die Kluft zwischen den Deutschen einerseits und den Esten und Letten andererseits, die alle durch das Band des evangelischen Bekenntnisses geeint und durch deutsche Kultur verbunden sind, künstlich vertieft. Der deutsche Adel wird förmlich von der übrigen Bevölkerung abgehoben. Die russische Regierungskunst aber bereitet sich mühelos zwei große Siege vor. Während sie die Trennung des Adels von den Massen fördert, liefert sie jenen dem sichern Untergange aus und beraubt diese ihrer politischen Führer, wodurch die Russifizierung unausbleiblich wird. —

Ergeben sich hieraus Schlüsse für unser deutsches Interesse am „zentralistischen Prinzip“ in Rußland? Berührt uns als Vormacht des Deutschtums, als einzige politische Trägerin der deutschen Kultur das Vorgehen in Wiborg und Cholm wirklich nur mittelbar? G. Cl.



## Neues zur Geschichte der islamischen Mächte



Die letzten Vorgänge in der Türkei verlangen eine tiefere Kenntnis der islamischen Welt, wenn man manche Probleme der jungtürkischen Politik überhaupt verstehen will. Zu rechter Zeit gerade wird dieses Bedürfnis durch zwei Werke erfüllt, deren Verfasser, Professor Martin Hartmann in Berlin, ist vielleicht der beste Kenner des modernen Islams. Er hat sich nicht nur auf den verschiedensten Gebieten der orientalischen Philologie und Geschichte als Forscher große Verdienste